

„Rechtsextremismus und Bundeswehr“

- Gedanken zum Verfassungsverständnis und zur politischen Kultur in Deutschland -

Rüdiger von Voss

Sehr geehrter Herr Blohme! Meine sehr verehrten Damen und Herren!

Ihnen, Herr Vorsitzender, danke ich für die Einladung zu Ihrem traditionellen „Aschermittwochgespräch“, das nun zum 34sten Mal stattfindet.

Mit dem Aschermittwoch beginnt in der Westkirche seit dem Pontifikat von Gregor dem Großen, der von 590 bis 604 nach Christi lebte, die vierzigtägige Fastenzeit. Die Gläubigen werden mit der Asche eines verbrannten Palmzweiges im Sinne eines heilsamen Zeichens, das zu den Sakramentalien gehört, auf der Stirn gezeichnet. Bei Jona 3, Vers 6, kann man in den prophetischen Büchern des Alten Testaments nachlesen, dass den König von Ninive die Nachricht von der Predigt Jona's erreichte, dass seine Stadt in vierzig Tagen untergehen würde. Dies vernehmend stand der König vom Thron auf, legte seinen Purpur ab, hüllte einen Sack um sich und setzte sich in die Asche. Der König erließ einen Befehl an alle Bürger und das Vieh, sich in Säcke zu hüllen und Gott anzurufen. Ein Jeglicher solle sich von seinem „bösen Wege und vom Frevel seiner Hände“ bekehren. Als Gott dies sah, reute ihn das angedrohte Übel, „das er geredet hatte ihnen zu tun, und tat's nicht“. Dies ist eine gute Nachricht am Aschermittwoch.

Ich erlaube mir folgende einleitende Bemerkung:

Der Jurist, Herr Blohme, lernt in der Strafrechtsvorlesung als Erstes genauestens den Sachverhalt dem Tatbestand zuzuführen. Der Tatbestand ist in der Normentheorie Bestandteil einer Rechtsnorm die Voraussetzung für eine Strafe ist, d. h. erst dann ist ein Urteil möglich. Dem Historiker ist es auferlegte Pflicht, Details und Quellen zu erforschen, diese zu interpretieren und dann sachgemäß in den historischen Kontext einzufügen, ohne für sich eine wie auch immer geartete Deutungshoheit zu beanspruchen oder gar Fakten zu eigenen Zwecken zu verfremden oder gar zum Mittel der Lüge zu greifen. Die Mißinterpretation von geschichtlicher Erinnerung, die Umdeutung von Geschichte gehört zu den Elementen totalitärer Herrschaft und zur Propaganda der Lüge.

Den heute hier anwesenden Offizieren ist das Terrain der sog. Kriegs- und Führungskunst, die Bedeutung von Strategie, Taktik, Operation und das Zusammenspiel von militärischem sowie politischem Denken und Handeln bewusst. Nur der „gelehrte Offizier“ ist im Stande „mit Ruhe und Bestimmtheit, mit der Weite des Blicks und der Tiefe der Einsicht über die Sicherheit zu verfügen, um führen und leiten zu können“. So lautet die Bilanz Moltkes über den Gewinn aus seinen Erfahrungen seines Aufenthaltes in der Türkei (in den Jahren von 1836 bis 1839), die seinen nachfolgenden Weg an die Spitze des preußischen Generalstabes bestimmen sollten.

Mit diesen einleitenden Bemerkungen habe ich zugleich einen Hinweis auf den Zustand unserer Führungseliten und einen ersten Hinweis auf die Krise der Führung in Deutschland und darüber hinaus gegeben, die zugleich gleich zu setzen ist mit einer Krise der Demokratie; -beziehungsweise mit „Strukturproblemen der modernen Demokratie“. Diese Formulierung stammt von dem Staats- und Verfassungsrechtler und Richter des Bundesverfassungsgerichts und Schwager von Dietrich Bonhoeffer, Gerhard Leibholz (1901-1982), in seinem bis heute gleichnamigen Buch aus dem Jahre 1958. Ausdrücklich beziehe ich mich auf seinen in diesem Buch enthaltenen Beitrag zum „Begriff und Wesen der Demokratie“, der heute an Aktualität nichts eingebüßt hat. Leibholz wies darauf hin, dass die Demokratie mit der fortschreitenden Säkularisierung ihren maßgeblichen Bezug zum Religiösen und damit einen Teil ihrer transzendentalen Legitimation verloren hat. Die Demokratie ist in die weltliche Sphäre transponiert worden und zu einem reinen Politikum mutiert. Sie ist „sphinxartig“ geworden. Im Bereich des Politischen kann sich die Demokratie heute auch mit anderen „religiösen oder gar antireligiösen Systemen“ verbinden. Selbst Demokratie-Gegner benutzen heute die parlamentarische Demokratie zu ihren eigenen ideologischen Zwecken und beziehen Diäten.

Demokratie ist nach der allgemein gültigen Begriffsbestimmung Herrschaft des Volkes, wobei die Frage wieder aktuell ist, wie das Volk, der Gemeinwille oder der Volkswille zu einer politisch-willensfähigen Einheit zusammengeführt wird, bzw. nicht mehr ausreichend hergestellt werden kann. Gelingt letzteres nicht, gerät das „Prinzip der Repräsentation als das funktionell wichtigste Konstitutionsprinzip des modernen Staates“ ins Wanken. Geschieht dies aber, wird in der plebiszitären, parteienstaatlichen Demokratie das Prinzip der Identität nicht mehr ausgefüllt, das den Willen der gewählten Mehrheit der Aktionsbürgerschaft mit dem Volkswillen in Übereinstimmung bringt. Das Parlament und der Volkswille brechen auseinander. Von den politischen Rechten erschallt jetzt der Ruf: „Wir sind das Volk!“ Der im Jahr 1972 in Nordrhein-Westfalen geborene Björn Höcke nimmt für sich in Anspruch selbst an der Bürgerrechtsbewegung in der DDR beteiligt gewesen zu sein.

Hier, an dieser Stelle, meine Damen und Herren, wird die Bruchlinie also sichtbar, an der der Rechtsextremismus und der aus ihm erwachsende Rechtspopulismus ansetzen und die Systemfrage stellen. Kennzeichen der Rechtspopulisten ist die grundsätzliche Infragestellung der tradierten demokratischen Ordnung von Staat und Gesellschaft und der Versuch der Gleichsetzung der heutigen Regierung mit dem Obrigkeitsstaat der Vormärzzeit, d. h. der Zeit von 1830 bis 1848/49, mit der Absicht, die Bundesrepublik mit der NS-Diktatur und dem DDR-Regime auf eine Stufe zu stellen. Verbunden damit besetzen sie das Hambacher Fest vom Mai 1832 sowie die Geschichte des Widerstandes und erheben Stauffenberg zur Leitfigur der AfD als Widerstandsbewegung und die sog. Wirmer-Fahne zum Kennzeichen ihrer Propaganda. Das Motto der Bürgerbewegung: „Wir sind das Volk!“ wird nun zum Leitmotto eines völkisch-nationalistischen Beutezuges; einer Politik, die dann in den Ausruf von Alexander Gauland nach der letzten Bundestagswahl am 24. September 2017 einmündete und lautete:

- „Man muss uns diese zwölf Jahre (d. h. der Nazi-Zeit, d. Verf.) nicht mehr vorhalten. Sie betreffen unsere Identität heute nicht mehr. Und das sprechen wir auch aus. Deshalb haben wir auch das Recht, uns nicht nur unser Land, sondern auch unsere Vergangenheit zurückzuholen“. Er fährt dann fort: „Wenn die Franzosen zu Recht

stolz auf ihren Kaiser sind und die Briten auf Nelson und Churchill, haben wir das Recht, stolz zu sein auf die Leistungen deutscher Soldaten in zwei Weltkriegen“.

- Ordinärer formuliert er, am 2. Juni 2018 auf einem Bundeskongress der jungen Alternativen, der Nachwuchsorganisation der AfD im thüringischen Seebach, nun allseits bekannt:
„Hitler und die Nazis sind nur ein Vogelschiss in unserer über 1000jährigen Geschichte“.

Dies ohne Vorbehalt gesagt, ist angesichts der Shoa und von Kriegsverbrechen ein Skandal und politisch nicht hinnehmbar. Was hier stattfindet ist doch der Versuch einer „geschichtspolitischen Erinnerungswende“, ein politischer Angriff auf das Identitätsverständnis unserer Republik und auf den inhaltlichen Kernbestand der Verfassung des Grundgesetzes. Konsequenterweise im Angriffsmodus rief Gauland in der Nacht der Bundestagswahl 2017, an Angela Merkel gerichtet, im lauten Geschrei:

„Wir werden sie jagen und wir werden uns unser Land und unser Volk zurückholen!“

Wer so spricht, macht aus Worten eine Waffe, die auf Täter wartet.

Die von ihm titulierte „Kanzler-Diktatorin“ habe Deutschland einem „Großen Austausch“ ausgesetzt, bei dem Deutsche gegen „Fremde“ ausgewechselt würden. Es würde somit eine „Politik der Überflutung“ betrieben, die das deutsche Volk allmählich und unaufhaltbar durch eine aus allen Teilen der Erde stammende Bevölkerung ersetzen.

Die Demokratiegeschichte und die Politik als Ganzes wäre damit vereinnahmt und verschwörungstheoretisch zur Disposition gestellt. Rechtsextreme wie Linksextreme, wollen gleichermaßen nicht mehr an die Werte der demokratischen Verfassung und der Politik der demokratisch gewählten Regierung gebunden sein.

Ohne die sonstigen demokratietheoretischen Fragen in diesem Rahmen differenziert ausführen zu können, zeigen die von mir vorgetragenen Angriffe gegen das „System“, wie die Links- und Rechtspopulisten und Rechtsextreme unseren Staat nennen, eine Gefahr für die Identität und Legitimation unseres Staates. Schon längst ist der Kernbereich aller Grundrechte und die Rechtsordnung berührt: Ich spreche von einem Kernbereich, den selbst der Verfassungsgeber nicht antasten darf. Diejenigen, die an der Analyse der Agitationsstrategie der AfD interessiert sind, weise ich ausdrücklich auf die neue Studie „Vereinnahmung von Demokratiegeschichte durch Rechtspopulismus“ der Vereinigung „Gegen Vergessen – Für Demokratie“ und der „Gedenkstätte Deutscher Widerstand“ hin.

Gemeint sind hiermit Grenzen der Diskreditierung unseres Staates und des politischen Handelns, die wir nicht widerspruchlos hinnehmen dürfen. Weder nach extrem links noch nach extrem rechts sind „blinde Augen“ erlaubt.

Schon einmal ist die Weimarer-Republik in ein Szenario abgeglitten, in dem sich die demokratische-politische Auseinandersetzung in ein Freund-Feind Verhältnis verwandelte. An die Stelle der politisch-parlamentarischen Entscheidungen trat der „Ausnahmestand“, der zum Kern des Wesens der staatlichen Souveränität erklärt wurde. Der Außerkraftsetzung der Weimarer Verfassung und dem „Ausnahmestand“ folgte 1933 die „Machtergreifung“!

An dieser Stelle muss ich leider kritisch anmerken, dass selbst in der politischen Bildungsarbeit an Schulen und Universitäten sowie in der notwendigen Informationspolitik der Bundesregierung grundlegende Kenntnisse über die Elemente totalitärer – autoritärer Denkmuster und die „Politik der Täuschungen“ (Fritz Sängler, 1975) bisher nicht ausreichend vermittelt werden oder Wirkung zeigen konnten. Die Republik von Weimar ist gescheitert, weil der Zusammenbruch des Kaiserreiches ebenso wenig verkraftet wurde, wie der als Erniedrigung empfundene Versailler Vertrag. Politischer Irrationalismus, romantische Vorstellungen von einer „konservativen Revolution“ und eine opportunistische Bereitschaft, einer autoritären Ordnung als Alternative zur Demokratie zu folgen, nahm der Republik ihre Gefolgschaft und zerstörte diese. In der Geschichte wiederholen sich solche Ereignisse nicht in der gleichen Weise, aber die dargestellten Angriffe der extremen politischen Bewegungen können die Demokratie wieder in Gefahr bringen. Immer dann, wenn es schwierig wird, muss man klar sagen, wo man steht. Auf der Seite der Freiheit und Vernunft ist keine Unklarheit zulässig!

Michael Lahr verdanke ich wertvolle Hinweise auf die Akzeptanz der Demokratie in Deutschland und auf das Verfassungsverständnis. Im Jahr 2000 erklärten 9% der Bevölkerung, dass sie eine andere Form der Demokratie bevorzugen würden. Diese Zahl stieg im Jahr 2005 auf 17%. Im selben Zeitraum stieg diese Zahl in den neuen Bundesländern von 27% auf 41%.

Nach den jüngsten Erhebungen des Bundesamtes für Statistik zur Zufriedenheit der Bürgerinnen und Bürger mit der Demokratie im Jahr 2018 war nach 2014 sowohl in West- wie Ostdeutschland ein Abfall der Demokratiezufriedenheit festzustellen. In Ostdeutschland sank die Zufriedenheit von 59% im Jahr 2014 auf 47% im Jahr 2015.

Nach den Erhebungen der Europäischen Kommission im November 2019 sind 15% der Bevölkerung sehr zufrieden, 7% ziemlich zufrieden und 21% nicht sehr zufrieden mit der Funktionsweise der Demokratie. Nach einer Frage zu den wichtigsten persönlichen Werten erfreut sich die Demokratie einer Wertschätzung von 37%, die Rechtsstabilität von 26% und die Toleranz von 18%. Der Respekt vor anderen Kulturen wird auf 7% geschätzt. Diese letzteren Zahlen sind sehr besorgniserregend.

In der Altersgruppe der 15 jährigen sehen 2018 rund 23% im Antisemitismus ein wichtiges Problem, 43% ein ziemlich wichtiges Problem und 24% ein eher nicht so wichtiges sowie 5% kein Problem. Auch diese Zahlen muss man mit großer Sorge zur Kenntnis nehmen. Diese und ähnliche Statistiken, die ich hier nicht ausbreiten möchte, zeigen erratische d. h. schlingernde Unsicherheiten bei wichtigen Fragen bzw. erstaunliche Vertrauenseinbußen in die Stabilität und auch Legitimation unserer politischen Ordnung. Vergleichbare Entwicklungen gibt es auch in anderen Ländern Europas, die ebenso mit diesen hier angesprochenen Problemen zu kämpfen haben. Dies gilt insbesondere für handfeste Veränderungen der politischen Struktur des Parteiengefüges, das mit dem Neuauftreten von Rechtsextremen, Neofaschisten jeglicher Spielart und Rechtspopulisten konfrontiert wird.

Die vom Bundesministerium des Innern im Mai 2019 vorgelegte Übersicht zur Hasskriminalität weist für 2001 rd. 4927 Fälle rechter Aktivisten und für 2018 rd. 7153 Vorfälle dieser Art aus. Im gleichen Zeitraum stiegen von Hass motivierte Gewalttaten von 600 auf 871,

antisemitische Gewaltakte von 27 in 2001 auf 49 in 2018. Rassistische Hasskriminalität stieg von 193 in 2001 auf rd. 1700 in 2018, Gewalttakte dieser Art von 29 in 2001 auf 246 in 2018.

Beschränkt man sich allein auf diese Entwicklungen muss man sich mit Sorge die Frage stellen, wie es um die innere Stabilität, die Freiheit und Sicherheit sowie der Akzeptanz unserer demokratischen Grundordnung bestellt ist. Die vom Bundesverfassungsgericht definierte „streitbare Demokratie“ ist auf die Probe gestellt. (BVerfG, Bd. 5, S. 134ff.)

Zum engeren Sachverhalt Rechtsextremismus in der Bundeswehr noch folgende Hinweise: Nach dem Bericht des Verfassungsschutzes vom 28. April 2019 geht von den gewaltbereiten Extremisten eine wachsende Gefahr aus. In der Entwicklung von rechtsterroristischen Ansätzen und Potenzialen zeichnen sich unterschiedliche Strömungen ab, von wenig komplexen Kleingruppen und Einzelpersonen, bis hin zu der bekannten sog. „klassischen“ rechtsextremen Bewegung. Hier also werden sog. rechtsextreme Prepper, das sind romantische Träumer vom Zusammenbruch unserer Zivilisation und rechte Soldaten und Polizisten angesiedelt. Asyl, Migration und der Islam bilden in diesen Bereichen den Treibstoff rechtsextremer Ideen von einem neuen Bürgerkrieg und dem Zerfall der öffentlichen Ordnung. Genannt werden die Gruppe „Revolution Chemnitz“ und „Franco A“. Gezählt wurden 760 radikalislamistische Gefährder, 33 „Rechts-Gefährder“, 4 linksextreme Gefährder.

Der Chef des Militärischen Abschirmdienstes (MAD), Christof Gramm, schrieb Anfang Februar in der Welt am Sonntag, dass im vergangenen Jahr 360 neue Verdachtsfälle auf Rechtsextremismus in der Truppe hinzugekommen waren. Hierin sei das Kommando Spezialkräfte (KSK) überproportional betroffen. Ermittelt würde z. Z. gegen 550 Soldaten wegen rechtsextremer Äußerungen, Verhalten oder wegen fehlender Verfassungstreue. Leider gibt es auch hier anonyme Anzeigen. Im Zeitraum vom 1. Januar 2016 bis zum 29. November 2019 wurden 1256 Verdachtsfälle bearbeitet, 147 gerichtliche Disziplinarverfahren ergriffen. Hiervon betroffen waren 1 Offizier, 11 Unteroffiziere und 45 Mannschafts-Soldaten. Auch hier zeigt sich ein enger Zusammenhang zwischen politischen Haltungen, Verfassungstreue und Vertrauen in Staat und Regierung. Hierzu einige Hinweise aus der Allensbach-Umfrage vom November 2019:

2015 hatten 81% der Befragten Vertrauen in die politische Stabilität und 2019 sank dies auf 57 Prozent. Das politische System wurde zu 62% im Jahr 2015 als Stärke angesehen und diese Einschätzung sank in 2019 auf 51%. Die Qualität der Regierung wurde zu 49% im Jahr 2015 anerkannt und sank auf 26% in 2019.

In Westdeutschland bewerteten 4% der Bürger unser Land als „starken Staat“, 44% als eher stark und 32% als eher schwach; in Ostdeutschland 7% als sehr stark, 27% als eher stark und 46% als eher schwach und 11% als sehr schwach.

Nicht unerwähnt bleiben darf die Entwicklung der Zustimmung bei der Bundestagswahl: Die CDU/CSU sank von 32,9% in der Bundestagswahl 2017 auf 28,5 im Januar 2020.

Die SPD von 20,5% auf 14%.

Die Grünen stiegen von 9,2% auf 23,5% und die

AfD von 12,6% auf 13%.

Die FDP dümpelt zwischen 10,7% und 8%.

Die Linke pendelt zwischen 9,2% und 8%.

Die von Oskar Lafontaine und seiner Gefährtin, Sarah Wagenknecht, angestoßene politische Bewegung mit dem Namen „Aufstehen“ ist, nach völliger Zerstrittenheit über ihre Ziele und Programme, sang- und klanglos von der politischen Bühne abgetreten. Der Geist der Spaltung weht aber im sog. linken Lager nach wie vor und schwächt die Führung der SPD weiterhin.

Meine These lautet:

Es wird zu weiteren Verschiebungen dieser Art kommen. Die bürgerliche Mitte verliert an Akzeptanz und damit an Koalitions- und Regierungsfähigkeit. Die aktuellen Vorgänge in Thüringen rechtfertigen Zweifel an der Vernunft der bürgerlichen Mitte und wecken erneute Sorgen im Blick auf geistige, inhaltliche und programmatische Führung unseres Landes. Das eigentliche Problem der Vorfälle bei der Wahl des Ministerpräsidenten in Thüringen ist der Eindruck einer taktisch-geplanten verdeckten Wahlabsprache, entgegen vorher bekundeter Ablehnung einer politischen Kooperation. Auch dann, wenn der Ministerpräsident rechtlich gültig gewählt wurde, bleibt der Verdacht, dass sich „Hasardeure“ der Regierung bemächtigen wollten. Unverständlich bleiben das Vabanque-Spiel des Ministerpräsidenten Ramelow ohne ausreichende Mehrheit in die Wahl zu gehen, die Dreistigkeit der AfD und Unzuverlässigkeit einzelner Abgeordneter der CDU.

Auf Englisch nennt man dies „Devil's Bargain“ (Geschäft mit dem Teufel), so der Titel des Buches von Joshua Green (2017) über die Strategie von Donald Trump und Steve Bannon und ihrer Politik einer nationalistischen Wiederauferstehung. Steve Bannon hasst die liberale Demokratie und spricht vom Kampf gegen den „dekadenten Westen“.

Auf den extremen Seiten von Links und Rechts nehmen Denkweisen und Taktiken zu, den Rechtsstaat zu unterlaufen und die Demokratie zu delegitimieren. Wenn man rote und schwarze Farbe mischt, bleibt es bei schwarz als dominanter Farbe.

Die Quittung für unsere innere Stabilität ist bitter. Der chinesische Fluch „Ich wünsche Dir interessante Zeiten“ erfüllt sich auf verschiedenen Ebenen der politischen Ereignisse der letzten Zeit.

Auf diesem Hintergrund ist es demnach auch nicht verwunderlich, wenn die Erkenntnisse des Militärischen Abschirmdienstes zum Rechtsextremismus in der Bundeswehr besondere Aufmerksamkeit auf sich ziehen.

Bei aller Aufregung berufener und nicht berufener Kommentatoren ist bei dieser Auskunft des Abschirmdienstes jetzt äußerster Sorgfalt bei der Recherche und personellen Bewertung jedes Einzelfalles angeraten und notwendig. Hysterische Vorwürfe gegen die Bundeswehrführung lassen jede Loyalität vermissen und sind nicht zu verantworten. Jede Art von Polemik kann nur schaden und beschädigt das Vertrauen in die Bundeswehr gerade im Ausland. Die Aussetzung der Wehrpflicht bleibt fraglich, wenn man die Einbindung der Streitkräfte in den demokratischen Staat gewährleisten will.

Orientiert an meinen konkreten politischen Erfahrungen in Politik und Wirtschaft beziehe ich wie folgt Position:

Die Bundeswehr ist nach ihrer verfassungsrechtlichen Zuordnung nach Artikel 65 (a), des Grundgesetzes eine „Parlamentsarmee“, dessen Auslandseinsätze seit dem 18. März 2005

durch das sog. „Parlamentsbeteiligungsgesetz“ geregelt sind. Anders als die Reichswehr, die sich bis zum Beginn der Unterordnung unter den diktatorischen Oberbefehl von Adolf Hitler, als „Staat im Staate“ verstand, ist die Bundeswehr in vollem Umfang dem „Primat der Politik“ untergeordnet und unmissverständlich nach dem Soldatengesetz bei Eid und Gelöbnis auf die Bundesrepublik und auf die Verteidigung des Rechts und der Freiheit des deutschen Volkes verpflichtet. Die Grundpflichten des Soldaten sind damit auf den Wertekodex und die Verfassung des Grundgesetzes bezogen. Diese erlauben keinerlei Spielraum für extreme Gesinnungen und Verhaltensweisen außerhalb des Spektrums demokratischer Regeln sowie der rechtsstaatlichen Ordnung. Es ist auch dringend dazu zu raten, hier in strengster Genauigkeit vorzugehen und sich selbst nicht den „Betroffenheitswellen“ auszuliefern, die unser Land in regelmäßiger Folge mit leider vielfach geübter Polemik überziehen.

Meine lange Erfahrung als Vorsitzender des Kuratoriums der Stiftung 20. Juli 1944 sowie anderer Jahrzehnte langer Tätigkeiten als Jurist und Historiker haben mich gelehrt, gerade im Fall der Geschichte der Bundeswehr, ihres Selbstverständnisses und ihrer Aufgaben für Sorgfalt und strenge Sachlichkeit einzutreten. Als nun schon längere Jahre amtierender Vorsitzender der Erwin von Witzleben-Gesellschaft und dank meiner intensiven Kooperation mit der Offiziersschule des Heeres in Dresden haben meine Überzeugung gefestigt, dass es keinen Zweifel an dem ethisch begründeten Wertekanon und der politischen Zuverlässigkeit der Bundeswehr gibt. Anders als die staatliche Ebene hat sich die Bundeswehr mit dem Tagesbefehl General Heusingers vom 20. Juli 1959 zum Geist und zur Haltung der Männer und Frauen des Widerstandes als Vorbilder der Bundeswehr bekannt. Dieser Tradition sieht sich die Bundeswehr bis heute uneingeschränkt verpflichtet. Sie legt damit auch Voraussetzungen fest, wie der Beruf des Soldaten ausgeübt werden soll. Wer davon abweicht, muss aus der Bundeswehr sicher ausgeschlossen werden.

Als Sohn eines am Attentat vom 20. Juli 1944 beteiligten Offiziers der Heeresgruppe Mitte habe ich in meinem schon langen Leben, in Wort und Tat, versucht, dem Vermächtnis für die Wiederherstellung von Freiheit, Gerechtigkeit und Würde zu dienen. Ohne jegliche Überhöhung des Opfers der damals Beteiligten am „Aufstand des Gewissens“ ist den Bundespräsidenten, Kanzlern und Bundesministern der Verteidigung, den Kommandeuren und Offiziere dafür zu danken, dass die Identität unseres Staates auf das Gebot bezogen wurde, nie wieder eine Zerstörung unserer demokratischen wie rechtsstaatlichen Ordnung zuzulassen.

Das gilt auch für den Stil der politischen Auseinandersetzung. Selbst im Streit der politischen Auffassungen müssen wir für die Bewahrung gegenseitiger Achtung und für Anstand im Umgang untereinander erneut eintreten. Bundespräsident Steinmeier und Bundestagspräsident Dr. Schäuble haben dringend alle dazu aufgefordert.

Persönlich darf ich am Schluss meiner Überlegungen, mich dankbar auf das mir durch meinen persönlichen Hintergrund mitgegebene Vertrauen beziehen, dass diese Republik aus den Erfahrungen der Nazi-Diktatur gelernt hat, sich zu verteidigen. Und sicher, so glaube ich, gilt die Zusage Dietrich Bonhoeffers, dass wir dann doch von guten Mächten umgeben sind. Am Ende schließe ich, - ganz im Sinne des Aschermittwochs -, mit einer Hoffnung auf eine streitfähige Demokratie und eine gute Zukunft.

26. Februar 2020